

BLL will Branche zusammenbringen

Gebühren für Regelkontrollen, Lebensmittelkennzeichnung, Lebensmittelbuchkommission, Nudging

Bonn/Berlin. Lebensmittelpolitik und -überwachung waren zentrale Themen auf dem traditionellen Bonner Empfang und dem Neujahrsempfang des BLL in Berlin, mit denen der Verband sein 60. Jubiläum einläutete.

Stephan Nießner, Präsident beim Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL), erneuerte in Bonn seine Kritik an Pflichtgebühren für nicht-anlassbezogene Regelkontrollen. In Bezug auf Niedersachsen, das als einziges Bundesland eine allgemeine Gebührenpflicht für Futtermittel- und Lebensmittelkontrollen eingeführt hat, sagte er: Dies diene „einzig und allein dazu, bestehende Defizite in den öffentlichen Haushalten der Lebensmittelwirtschaft aufzuhalten, die ohnehin schon die Kosten für die Eigenkontrollen und privaten Drittkontrollen trägt und zusätzlich Gewerbesteuern zahlt“.

Ein Vorwurf, den der niedersächsische Ernährungsminister Christian Meyer (Bündnis 90/Die Grünen) zurückwies. Außerdem plädierte der Minister dafür, den baden-württembergischen Vorschlag zu übernehmen, – ähnlich wie bei Eiern – auch bei Fleisch eine Tierhaltungskennzeichnung einzuführen. Ein Thema, das Meyer in seiner Funktion als Vorsitzender der Verbraucherschutzministerkonferenz 2015 auf die Agenda der VSMK setzen will, die im Mai in Osnabrück zusammenkommt.

Auch Gitta Connemann (CDU) – bis Mittwoch war sie Vorsitzende des Ernährungsausschusses im Bundestag, nun ist sie in die Fraktionsspitze aufgerückt – nahm das Thema Kennzeichnung in den Blick:

Sie wünscht sich eine „echte Gentechniktransparenz“, sprich: eine verpflichtende Genkennzeichnung, die



Pragmatiker: Ernährungsminister Schmidt will eine „praktikable“ Lebensmittelpolitik, die nur dort eingreift, wo sie notwendig ist.

für Lebensmittelrecht
und Lebensmittelkunde e.V.

Verband der
Lebensmittelwirtschaft

sich sowohl auf Lebensmittelzutaten aus gentechnisch veränderten Organismen (GVO) wie Soja oder Mais als auch auf Produkte von Tieren bezieht, die mit GVO gefüttert wurden.

Eine Ampelkennzeichnung lehnt sie ab. So zeige die Erfahrung aus Großbritannien, dass ungebildete Bürger rot gekennzeichneten Lebensmittel nicht als ungesund, sondern als lecker auffassen. Die EU-Kommission hat daher ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Und das Vorhaben der Grünen, die Mehrwertsteuer für Fleisch zu erhöhen, verurteilte die Juristin als „Veggie-Day durch die Hintertür“.

Nach dem Branchen-Aufrühr um verwirrende Äußerungen zum Schicksal der geschützten Herkunftsangaben im Zuge von TTIP vermied Bundesernährungsminister Christian Schmidt (CSU) beim Neujahrsempfang in Berlin jede klare Festlegung bei seinen Politikzielen für 2015. In einer launigen Ansprache riss er Themenfelder nur kurz an.

Der Minister sprach sich für eine „praktikable“ Lebensmittelpolitik aus, die nur dort eingreift, wo sie notwendig ist, so dass weder Verbraucher noch Wirtschaft überfordert werden:

„Die mittelständische Struktur der Branche muss sich in der Politik widerspiegeln.“

Weiterhin ging Schmidt auf die laut Koalitionsvertrag anzugehende Baustelle zur Rettung der missglückten Transparenzvorschriften ein (Paragraf 40 Absatz 1a LFGB). „Ich hätte die Schublade lieber leer vorgefunden“, bedauerte er. Zielsetzung sei eine „tragfähige“ Lösung. Dies zeige die ausstehende Ressortabstimmung des Entwurfs. Allein die technische Umsetzung einer Lösungsfrist gestalte sich schwierig.

Zur Evaluierung der Deutschen Lebensmittelbuchkommission sagte der Minister: „Das von uns in Auftrag gegebene Gutachten liegt uns jetzt vor und wird geprüft.“ Im Kern habe sich die Lebensmittelbuchkommission seiner Meinung nach bewährt.

BLL-Präsident Nießner erhob abschließend Bedenken zum sogenannten Nudging: „Bei aller Offenheit gegenüber neuen Erkenntnissen und praktischen Ansätzen bleiben auch beim Nudging Fragen offen. Denn was für die Konsumenten ein sanfter Schubser in die gewünschte Richtung sein soll, könnte für die Wirtschaft zu weitreichenden Verpflichtungen führen.“ Nießner forderte alle Anwesenden dazu auf, „gemeinsam geeignete und zielorientierte Präventionsansätze zu suchen.“

gms/pk/lz 03-15

Lebensmittel Zeitung

Vzbv kritisiert Health Claims

Berlin. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (Vzbv) kritisiert die Werbung mit Gesundheitsversprechen bei Lebensmitteln. Am Mittwoch veröffentlichten die Verbraucherschützer einen „Marktcheck“ aller 16 Verbraucherzentralen. Der Anteil von Lebensmitteln mit Health Claims und gesundheitsbezogenen Aussagen wie „zuckerfrei“ soll danach bereits 5 Prozent am Gesamtumsatz betragen.

Nach Angaben des Vzbv sollen knapp die Hälfte (43 Prozent) von 46 begutachteten Produkten mit Health Claims werben, die aus Sicht der Verbraucherzentralen nicht zugelassen sind. Auf 22 der untersuchten Produkte wurde der Wortlaut von Gesundheitsversprechen in seiner Bedeutung nach Einschätzung der Verbraucherschützer unzulässig ver-

„Die Lebensmittelhersteller betreiben Schönfärberei“

Klaus Müller, Vzbv

stärkt. So werde aus der erlaubten Formulierung „trägt zu einer normalen Funktion des Immunsystems bei“ beispielsweise die Wendung „leisten einen wichtigen Beitrag zum Aufbau und der Funktionsfähigkeit der körpereigenen Abwehrkräfte“ – nach Meinung des Vzbv eine unzulässige Verfälschung im Sinne der Health-Claims-Verordnung (HCVO).

„Bei etwa jedem dritten Produkt wurden Kennzeichnungsmängel festgestellt, obwohl die HCVO der EU klare Vorgaben macht“, kritisiert Armin Valet von der Verbraucherzentrale Hamburg. „Zu oft betreiben die Lebensmittelhersteller Schönfärberei auf dem Etikett“, so Vzbv-Vorstand Klaus Müller. Er fordert die Hersteller auf, sich auf zugelassene Gesundheitsversprechen zu beschränken und insbesondere Produkte mit hohem Zucker- oder Fettgehalt nicht mit Health Claims zu versehen. *be/lz 03-15*

Pferdefleischskandal kommt vor Gericht

Den Bosch. In Holland sitzt ab 24. März ein Verantwortlicher für den Pferdefleischskandal im Jahr 2013 auf der Anklagebank. Die Staatsanwaltschaft wirft Willy Selten Urkundenfälschung vor. Er soll als Direktor seines gleichnamigen Fleischhandels ab 2011 etwa 300 000 kg Pferdefleisch aus Holland, England und Irland gekauft und später als Rindfleisch verkauft haben. Mitarbeiter, die ebenfalls unter Betrugsverdacht standen, werden nicht angeklagt. Im Zuge des Skandals hatte die niederländische Lebensmittelsicherheitsbehörde NVWA 50 Mio. kg Fleisch des Händlers zurückgerufen. Der Betrieb ging bankrott. *dl/lz 03-15*

Connemann gibt Ausschussvorsitz ab

Berlin. Die bisherige Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, Gitta Connemann (CDU), gibt ihr Amt ab, nachdem sie in dieser Woche zur stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ernannt wurde. Die Nachfolge im Ernährungsausschuss wird Alois Gerig (CDU) übernehmen. Der gelernte Landwirt aus Baden-Württemberg gehört dem Bundestag seit dem Jahr 2009 an. Die Juristin Connemann wird in der Fraktionspitze als eine von elf stellvertretenden Vorsitzenden für die Themenbereiche Ernährung, Landwirtschaft, Kirchen und Petitionen zuständig sein. *be/lz 03-15*

EU regelt GVO-Anbau

Vierjährige Verhandlungen beendet – Inkrafttreten im Frühjahr

Straßburg. Die Einschätzungen über den Kompromiss des EU-Parlaments in Sachen GVO-Anbau reichen von „historisch“ bis hin zu „Trojanisches Pferd“.

Das EU-Parlament hat in dieser Woche Neuregelungen für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zugestimmt. Danach dürfen die Mitgliedstaaten den Anbau von Genpflanzen künftig auch dann verbieten, wenn diese auf EU-Ebene zugelassen sind („Opt out“). Hierbei können sie auch andere als umweltbezogene Gründe geltend machen, etwa solche der Raumordnung. Sollten sie sich für einen Anbau entscheiden, müssen sie grenzüberschreitende Kontaminationen verhindern. Die neuen Vorschriften werden dieses Frühjahr in Kraft treten; die Zustimmung der Mitgliedstaaten gilt als sicher.

Während die Konservativen den Kompromiss als Zugewinn an Rechtssicherheit feiern, bedauern die Sozialdemokraten trotz grundsätzlicher Zustimmung, dass keine finanziellen Mittel zur Entschädigung von Landwirten bereitgestellt werden, deren Ernte durch



Genpflanzen: Kritiker befürchten einen „europäischen Flickenteppich“.

Gentechnik verunreinigt wurde. Und die Grünen – sie hatten gegen die Richtlinie gestimmt – verweisen auf die Gefahr eines „europäischen Flickenteppichs“. Sie warnen zudem vor einer weiteren Ausbreitung von GVO, etwa auf dem Transportweg durch Länder, die sich gegen diese Technologie ausgesprochen hätten. Außerdem falle es der EU künftig leichter, Zulassungen zu erteilen, da die einzelnen Staaten den Anbau immer noch verbieten können.

Für Deutschland plant Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ein Anbauverbot. Dies hatte sie bereits vor der Abstimmung in der „Süddeutschen Zeitung“ angekündigt. *gms/lz 03-15*

BMEL warnt vor Betrugsversuchen

Berlin. Das Bundesernährungsministerium (BMEL) warnt vor einem bundesweiten Betrugsversuch: Seit dem 7. Januar erhalten Lebensmittelbetriebe von einem nicht eindeutig erkennbaren Absender E-Mails, in denen von einer „Registrierung in einer Datenbank für Veterinärkontrollnummern“ gegen eine Gebühr von rund 1000 Euro die Rede ist. Das Schreiben erwecke fälschlicherweise den Eindruck, dass es sich um einen behördlichen Zahlungsbetrag handele. *gms/lz 03-15*